

Parlament wird nicht abgespeckt

SPD-Fraktion scheiterte mit ihrem Antrag/CDU sah Meinungsvielfalt gefährdet

ROCKENBERG (dö). Die Rockenberger Gemeindevertretung wird auch in der neuen Legislaturperiode 23 Mitglieder umfassen. Sie beginnt nach der nächsten Kommunalwahl im März 20 11. Die SPD-Fraktion konnte sich am Montag mit ihrem Antrag nicht durchsetzen, das Gremium ab der nächsten Wahlperiode auf 19 Mitglieder zu verkleinern. Gleichzeitig wollten die Sozialdemokraten den Gemeindevorstand beauftragen, zur nächsten Sitzung das finanzielle Einsparpotential zu ermitteln und der Gemeindevertretung vorzulegen.

In der Antragsbegründung führte SPD-Fraktionschef Hans Hermann Kriegeris aus, dass die Gemeindevertretung mit 23 Mitgliedern derzeit die nach Paragraph 38 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) zulässige Höchstzahl ausschöpfe. Die Mindestzahl an Gemeindevertretern betrage 15. Soweit wolle man das Parlament aber nicht abgespecken. 19 sei eine Zahl, mit der man arbeiten könne, stellte Kriegeris fest. Die angespannte wirtschaftliche Lage und die erforderlichen Investitionen, deren Auswirkungen man im Haushalt noch Jahre spüren werde, zwingen zu Sparmaßnahmen in allen Bereichen. Die Gemeindevertretung müsse hier gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass auch sie bereit sei, in den eigenen Reihen zu sparen. Kriegeris war davon überzeugt, dass die Reduzierung der Anzahl der Sitze weder die Arbeitsfähigkeit des Parlaments noch die Qualität der Gemeindevertretung negativ beeinflussen werde.

Widerspruch kam da vor allem aus dem Lager der CDU - Fraktion. Karl-Ma-

ria Weckler bezog sich auf die Hessische Gemeindeordnung, die von einer maximalen Größe für Kommunen wie Rockenberg von 23 Gemeindevertretern spreche. Er sah die Sache so: "Sie haben wohl nicht genügend Leute für die nächste Kommunalwahl!", rief er der SPD-Fraktion zu. Deshalb solle wohl gekürt werden. Die CDU sehe das ganz anders, betonte Weckler und zitierte den ehemaligen sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt. Der habe einmal im Bundestag gesagt: "Mehr Demokratie wagen!" und danach handele die CDU. Die Union stehe dafür, eine hohe Beteiligung der Volksmeinung im Gemeindeparlament zu gewährleisten. Deshalb sei man der Meinung, die erlaubte Größe im Plenum voll auszuschöpfen und keineswegs zu reduzieren. Der Betrag, den die SPD mit der Verkleinerung anstrebe, falle gar nicht ins Gewicht. Es gehe etwa um 2000 Euro Kosten im Jahr. "Wir wollen intelligent sparen für die Bürger. Solche pauschalen Dinge sind für uns nicht machbar", meinte Weckler.

Kriegeris erinnerte die CDU-Fraktion daran, dass sie gesagt habe, man könne pro Etatposten zehn Prozent und mehr sparen. Jetzt habe man eine solche Gelegenheit, aber die Union wolle nicht. Er bezweifle, ob das nicht im Sinn der Demokratie sei, wenn nicht reduziert werden solle.

Von einem "komischen Vergleich" sprach Otmar Weil (UWG). Er finde die Argumentation fast ein wenig lächerlich. Die Zahl 23 bei den Rockenberger Gemeindevertretern habe schon" lange Bestand. Das solle man nicht ändern, denn ein möglichst breiter Querschnitt der Be-

völkerung müsse sich im Gemeindeparlament wieder finden. "Kümmern Sie sich bitte um genügend Leute für die Gemeindevertretung, das hilft der Demokratie und ist gut für die Gemeinde", rief Karl Maria Weckler. Das fand auch Attnold Peichl (CDU). Möglichst aus allen Bereichen der Bevölkerung müssten die Gemeindevertreter kommen. Darauf habe die CDU bei den Listenaufstellungen bislang immer geachtet. Das schaffe mehr Qualität und Sachverstand. Dies helfe allen und fördere die Demokratie.

Bei der Abstimmung sprachen sich fünf Gemeindevertreter von SPD und Grünen für die Verkleinerung der Gemeindevertretung aus, die anwesenden 13 Vertreter der Fraktionen von CDU und UWG votierten mit Nein. Die Vertreterin der Dorfpartei enthielt sich der Stimme.

Wie Bürgermeister Manfred Wetz auf Nachfrage der Butzbacher Zeitung mitteilte, belaufen sich die Kosten für einen Gemeindevertreter auf etwa 800 Euro im Jahr. Darin seien neben den Sitzungsgeldern (15 Euro pro Sitzung) auch die anteiligen Aufwendungen für die Protokollführer, die Vor- und Nachbereitung (Einladung und Protokoll), die Kopier- und Versandkosten und sonstige betriebliche Aufwendungen berücksichtigt. Bei einer Reduktion von 23 auf 19 Gemeindevertreter komme man rechnerisch auf eine Einsparung von 3 200 Euro im Jahr. Rechne man den Einsparbetrag für vier Gemeindevertreter auf eine Legislaturperiode von 5 Jahren hoch, liege die Summe bei 16000 Euro.